

Die Spitzenmedizin verlangt ein Miteinander GDK-Präsident Markus Dürr hofft auf Einsicht Zürichs

Die Zürcher Regierung hat Ende September bekräftigt, dass man nicht bereit ist, auf Teile des Spitzenmedizinischen Angebots zugunsten anderer Universitätsspitäler zu verzichten. Die Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektoren setzt dagegen zur Konzentration der Spitzenmedizin auf einen Verbund unter den verschiedenen Kompetenzzentren. Am Donnerstag wird sie das weitere Vorgehen besprechen. Ihr Präsident, der Luzerner Regierungsrat Markus Dürr, erläutert im Folgenden die Ausgangssituation.

Die Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektoren (GDK) und damit auch Sie, Herr Dürr, als deren Präsident verfolgen für die Spitzenmedizin in der Schweiz eine Netzwerkstrategie. Was verstehen Sie darunter?

Der Grundgedanke besteht darin, dass man auf den bestehenden Angebotsstrukturen aufbaut. Wir wollen die Stärken der verschiedenen Spitzenmedizinischen Zentren miteinander verbinden, wobei die volle Kompetenz pro Disziplin auch nur noch an einem oder zwei Orten sein könnte. Im Gegenzug würden die verschiedenen Zentren eng miteinander verbunden.

Wären somit künftig gewisse Kompetenzzentren für bestimmte Bereiche in Basel, andere in Bern und wieder andere in Zürich angesiedelt?

Das ist denkbar. Zum Beispiel, dass sich in Basel und Zürich die Zentren für Knochenmarktransplantationen befinden, wo die Kompetenz schon heute sehr hoch ist. Die Überwindung der Distanzen stellt bei den heutigen Kommunikationstechnologien und Verkehrsmitteln kein Hindernis mehr dar. Selbst die Herztransplantation liesse sich auf verschiedene Orte verteilen: In Bern würde operiert, und in Zürich erfolgte weiterhin die immunologische Betreuung. Die Transplantationsmedizin – von der jetzt so viel Aufhebens gemacht wird – ist übrigens nur einer von momentan neun Bereichen, die konzentriert werden sollen. Einen weiteren Bereich stellt beispielsweise die Neurochirurgie dar. Hier ist es unvorstellbar, dass ein Zentrum in allen Subdisziplinen absolute Spitzenleistungen erbringt.

Ein Affront gegen die andern Kantone

Die Zürcher Regierung verfolgt nun aber eine andere Strategie, sie will künftig nur noch zwei Spitzenmedizinische Zentren in der Schweiz, in Zürich und Genf/Lausanne.

Diese Ex-cathedra-Erklärung aus Zürich ist ein Affront gegen die andern Universitäten mit ebenfalls hochqualifizierten Spitzenmedizinern. Wir müssen miteinander einen Weg finden. Durchaus kann es dann für bestimmte Gebiete nur noch zwei Zentren geben, aber nicht in der Weise, dass sämtliche Disziplinen am gleichen Ort konzentriert werden.

Könnten aber nicht auch gewisse Animositäten gegenüber Zürich Grund für die Ablehnung der Zürcher Position sein?

Im Gegenteil, ich habe innerhalb der Gesundheitsdirektorenkonferenz eine sehr grosse Akzeptanz von Zürich festgestellt. Zürich ist das bedeutendste Spitzenmedizinische Zentrum. Und dieses hätte auch die bedeutendste Rolle im Netzwerk eingenommen. Man hat von Zürich nur den Verzicht auf die längst eingeführte und nur noch wenig innovative Herztransplantation verlangt. Übrigens haben andere Universitäten schon vor Zürich verzichtet. Lausanne etwa auf Lebertransplantationen, Bern auf Lebendlebertransplantationen, Genf auf Herztransplantationen, Basel auf geplante neue Programme. Die Koordinationsarbeiten haben bereits eine gute Vorwirkung gezeigt. Die Behauptung, nur von Zürich werde Verzicht verlangt, ist eine totale Nabelschau.

Wie wird in der GDK das derzeitige Verhalten Zürichs empfunden?

Die Zürcher versuchen ein Machtspiel durchzuführen. Wir müssen uns auch einmal fragen, wer denn die ETH finanziert, das sind keineswegs nur die Zürcher. Ob Verweigerung die richtige Taktik ist, um weiterzukommen, fragt sich wirklich. Ob-

wohl, noch einmal, ich anerkenne voll, Zürich käme die wichtigste Rolle in einem Netzwerk zu. Das ist allen klar.

Welches sind denn die Nachteile der von Zürich verfolgten Zwei-Zentren-Strategie?

Die Zwei-Zentren-Strategie hat den grossen Nachteil, dass ein Deutschschweizer und ein Westschweizer Monopol entstünde. Konkurrenz unter den Hochschulen ist sehr wichtig. Gerade eben unterstrich Nobelpreisträger Zinkernagel die Bedeutung von Kompetition unter den Hochschulen. Das wollen wir im Netzwerk fördern, allerdings nicht in der Weise, dass überall das Gleiche gemacht wird.

Standortattraktivität für alle

Welche Konsequenzen könnte die Zwei-Zentren-Strategie für die übrigen Spitzenmedizinischen Zentren haben?

Wichtig ist etwa auch, dass sich die Spitzenmedizinischen Zentren in der Nähe der Schweizer Pharmaindustrie befinden, damit der Kontakt zur Biotechnologie, zur pharmazeutischen Entwicklung und zur Medizintechnik sichergestellt ist. Diese Unternehmen sind nicht alle in Zürich angesiedelt. Man kann von den übrigen Kantonen nicht verlangen, dass sie ihre Standortattraktivität für solche Unternehmen aufgeben.

Entstehen bei einer Zwei-Zentren-Strategie für Zürich auch zusätzliche Verpflichtungen?

Als einziges Zentrum in der Deutschschweiz müsste Zürich dann den grössten Teil der Medizinstudenten übernehmen. Die Studentenzahl würde sich damit verdreifachen. Darunter litte die Qualität der Ausbildung. Zudem, woher nimmt Zürich das Geld, das alles zu realisieren? Ich rechne mit jährlich zusätzlich ungefähr 200 Millionen Franken, die in die Spitzenmedizin in Zürich investiert werden müssten.

Vielleicht müssen wir heute feststellen, dass der Föderalismus in der Spitzenmedizin an seine Grenzen gerät. Ist eine gesamtschweizerische Sicht mit Blick auf die Kosten, aber auch hinsichtlich der Spitzenkräfte, die ja auch nicht so breit gesät sind, nicht einfach unabdingbar?

Die föderalen Strukturen sind auf dem Gebiet der Spitzenmedizin tatsächlich nicht besonders handlich. Aber wir haben sie nun einmal. Nach der Verfassung sind die Kantone zuständig für das Gesundheitswesen und damit auch für die Spitzenmedizin. Wir müssen miteinander weiter-



Markus Dürr: Auch die andern Kantone zahlen an Ausbildung und Leistungen der Spitzenmedizin. Unter anderem deshalb wollen sie mitreden. (Bild key)

kommen, und wenn hier einer – dazu noch der Grösste – blockiert, ist alles festgefahren.

Wer zahlt, befiehlt mit

Sie haben eben die Studenten angesprochen. Wie muss man sich das im Netzwerk vorstellen? Wird dereinst der Basler Professor nach Zürich, der Zürcher nach Bern und der Berner nach Basel reisen, um dort seine Vorlesungen zu halten?

Schon heute gibt es zwischen Zürich und Bern eine einzige tiermedizinische Fakultät, die Vet-Suisse. Früher waren es zwei Hochschulen. Ähnlich stelle ich mir das auch im Bereich der Spitzenmedizin vor. Nämlich, dass an verschiedenen Orten Kompetenz und Spezialisten vorhanden sind, die den Lehrplan miteinander absprechen. Im Vet-Suisse-Modell reisen die Professoren, für gewisse Kurse auch die Studenten. In der heutigen Zeit eröffnen die Kommunikationstechnologien ganz neue Möglichkeiten. Wenn ich heute am Computer eine Schlüsselloch-Chirurgie durchführe, spielt es keine Rolle, ob ich einen Meter oder hundert Kilometer vom Patienten entfernt bin. Für den Wissenstransfer stellen Distanzen kein Problem dar. Wichtig sind die Sicherstellung der Kommunikation und das Zusammenwirken der Leute.

Inwiefern verlangt die Konzentration der Spitzenmedizin eine Neuordnung der Finanzierung?

Wir bezahlen jetzt schon an die Ausbildung der Ärzte – Luzern zahlt pro Medizinstudent 46 000 Franken im Jahr an die Universitätskantone. Genau deshalb wollen wir auch mitreden. Wir sind auch bereit, die Vollkosten zu übernehmen, wenn sie offen ausgewiesen werden. Ferner bezahlen wir für die Behandlung der Patienten, die wir nach Zürich schicken, den verlangten Preis. Ob wir unsere Schwerkranken weiterhin in Zürich behandeln lassen, wenn sich Zürich nicht in ein gesamtschweizerisches Netzwerk eingliedert, ist eine offene Frage. Über unsere Zuweisungen lassen sich die Auslastungen der Zentren steuern.

Haben Sie Zürich als Teilnehmer im Spitzenmedizinischen Netzwerk bereits aufgegeben?

Momentan wird die Zwei-Zentren-Strategie Zürichs nur von wenigen Kantonen – bei weitem nicht einmal von allen Ostschweizern – unterstützt. Für mich ist klar, ohne Zürich geht nichts. Ich möchte Zürich nicht isoliert sehen, sondern mit dabei haben. Auch weil ich überzeugt bin, dass Zürich einen sehr wichtigen Beitrag leisten wird. Wir müssen uns finden. An eine Bundeslösung, auf die man in Zürich zu hoffen scheint, kann ich nicht glauben. Eine solche wäre, weil die gesetzlichen Grundlagen momentan fehlen, ohnehin erst im nächsten Jahrzehnt realisierbar. Und letztlich gilt, wer zahlt, befiehlt. Das sind im Gesundheitswesen aber die Kantone und nicht der Bund.

Interview: cs.

«Kein Drama», wenn der Grippeimpfstoff knapp würde Impfung kein Mittel gegen die Vogelgrippe

dgy. Bern, 20. Oktober

In anderen Jahren blieb der Aufruf des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) an Risikogruppen, sich gegen die saisonale Grippe impfen zu lassen, eine kaum beachtete Routineangelegenheit. Die Angst vor der Vogelgrippe hat die Nachfrage nach der Impfung gegen die Grippe allerdings ansteigen lassen, wie BAG-Direktor Thomas Zeltner am Donnerstag sagte. Während früher selbst Personen über 65 Jahre, Chronisch- und Pflegepersonal mit Nachdruck auf die Impfung aufmerksam gemacht werden mussten, warnt Zeltner in diesem Jahr vor Panik: Er appelliert insbesondere an junge Personen, sich nicht aus blosser Verunsicherung wegen der Vogelgrippe impfen zu lassen. Das bringe nichts, weil derzeit für Personen in der Schweiz keine Gefahr bestehe – und weil die Impfung gegen die saisonale Grippe kein Mittel gegen eine mögliche Vogelgrippe-Pandemie sei.

Die grössere Gefahr stellt heute in der Tat die ganz normale Grippe dar, an der laut Zeltner jedes Jahr rund 1000 bis 1500 Personen sterben. Deshalb sei es sinnvoll, wenn sich Personen aus den Risikogruppen möglichst bald impfen liessen. So bleibe bis zur Ankunft der jährlichen Grippeperiode genügend Zeit, um den Immunschutz aufzubauen.

Falls in diesem Jahr tatsächlich deutlich mehr Personen eine Impfung wünschten, könne der Impfstoff im Laufe der Saison knapp werden, räumte Zeltner ein. Dies sei zwar kein Drama, weil die Grippe für 99 Prozent der Menschen eine völlig unproblematische Krankheit sei und in den anderen Fällen Medikamente zur Behandlung zur Verfügung stünden. Das BAG empfiehlt den Ärz-

ten in Zusammenarbeit mit dem Uno-Kinderhilfswerk Unicef und dem Politforum des Bundes konzipiert wurde. Sie wird am Samstag im Berner Käfigturm eröffnet.

Zwar gewinnt das Thema Impfung in den europäischen Medien vor allem im Zusammenhang mit einer möglichen Pandemie an Beachtung, doch fordern andere Krankheiten, gegen die

längst Impfstoffe existieren, schon heute eine Vielzahl an Opfern: Weltweit sterben jährlich 1,4 Millionen Kinder, die aus Geldmangel und anderen Gründen nicht geimpft werden.

Die Ausstellung informiert über die Bedeutung der Impfung als eine der wichtigsten Erfindungen, ihre Erfolge in der Schweiz und in aller Welt und die Herausforderungen der Zukunft.

«Stubenarrest» für Schweizer Geflügel?

crz. Möglicherweise erhält das Geflügel wie in Deutschland und Österreich auch in der Schweiz bald «Stubenarrest». Eine Expertengruppe hat am späteren Donnerstagnachmittag unter der Leitung des Bundesamtes für Veterinärwesen (BVet) Szenarien diskutiert. Nach den Worten von Marcel Falk, Sprecher beim BVet, wird sie eine Empfehlung an den Bundesrat abgeben. An der genannten Expertensitzung waren neben dem BVet die Kantonstierärzte, die Geflügelzüchter und Wissenschaftler vertreten. Zum Inhalt der zu erwartenden Empfehlung wollten sich die Behörden am Donnerstag nicht offiziell äussern.

Probleme für kleinere Biobetriebe

Marcel Falk erläuterte auf Anfrage, dass die Expertengruppe Vor- und Nachteile eines Freilaufverbots aufgelistet habe. Nachteile brächte ein Verbot natürlich in Bezug auf den Tierschutz; für kleinere und insbesondere Bio-Betriebe könnte zudem die Umsetzung schwierig sein. Möglicherweise müssten auch Tiere getötet werden. Die Frage, ob denn Eier von Freilandhühnern mit Stallpflicht noch als Freiland Eier verkauft werden dürfen, ist laut Falk noch unklar. Das Auf-

Freitag über eine allfällige Stallpflicht entscheiden, relativierte Bundesratssprecher Oswald Sigg gegenüber der Nachrichtenagentur AP. Es sei noch offen, ob der Bundesrat am Freitag überhaupt eine Sitzung durchführe und einen solchen Entscheid treffe.

Besorgt über illegalen Vogelimport

Bei den Schweizer Geflügelproduzenten (SGP) geht man davon aus, dass mit einem Verbot der Freilandhaltung gerechnet werden muss, sagt Hansueli Wüthrich, Sekretär der SGP. Seiner Ansicht nach wäre ein solches Verbot heute ein politischer Entscheid. In Koordination mit dem BVet unternehme man alles, um eine Einschleppung des Virus in die Schweiz zu verhindern, ist in einem Communiqué der SGP nachzulesen. Der illegale Import von Vögeln mache den Geflügelzüchtern zurzeit aber weit mehr Sorgen als der Vogelzug, sagte Wüthrich.

Der Kanton Wallis legt Tamiflu-Vorrat an

Sitten, 20. Okt. (sda) Die kantonalen Behörden des Wallis haben als Präventivmassnahme gegen

INLAND

Zäch soll zweieinhalb Jahre ins Zuchthaus

Geht es nach der Staatsanwältin, wird Guido A. Zäch für zweieinhalb Jahre ins Zuchthaus müssen. Die Verteidigung plädierte auf Nichteintreten oder Freispruch und verwies auf grobe Mängel der Anklageschrift. 14

Studenten fordern Ausbau der Stipendien

Der Verband der Schweizer Studierendenschaften fordert erneut eine Verbesserung des Stipendienwesens auf Hochschulstufe und wendet sich gegen Darlehen. 14

Grüne Gentechnik setzt sich durch

Grüne Gentechnologie hat in den letzten neun Jahren eine Agrarrevolution ausgelöst – allerdings nur ausserhalb Europas. 15

Zeichnung für die Kuh «Morchel»

Die Zeichnung einer Lebensleistung von über 166 000 Kilogramm Milch ist die bald 19 Jahre alte Kuh «Morchel» Welt-